Fränkische Landeszeitung, 23. Juli 2010

Neuer Anlauf der Linken gegen Hubschrauberlärm und Ausbau des Urlas-Geländes

„Bundespolitiker mit ins Boot holen“

MdB Inge Höger zu „militärhistorischer Stadtführung“ und Bürgergesprächen geladen

ANSBACH (mik) – Auf ihrer Informationsreise durch die Bundesrepublik machte die Bundestagsabgeordnete der Linken, Inge Höger, jetzt in Ansbach Station. Der Kreisverband ihrer Partei nutzte die Gelegenheit, das Mitglied im Verteidigungsausschuss über die Hubschrauberproblematik und die Ausbaupläne am Urlas zu informieren. Auf kommunaler Ebene befänden sich die Ansbacher Politiker nach den jüngsten Abstimmungen „auf einem guten Weg“, meinte Stadtrat Boris-André Meyer. Doch viele Entscheidungen fielen auf Bundesebene, darum müsse man versuchen, Bundespolitiker „mit ins Boot zu holen“.

Höger gehörte zu den Bundestagsabgeordneten, die am 31. Mai als Aktivisten an Bord eines Schiffs der „Free-Gaza-Flotille“ in internationalen Gewässern von der israelischen Armee angegriffen worden waren. Von dem Vorfall, bei dem neun Passagiere getötet wurden und der weltweit hohe Wellen schlug, berichtete sie am Abend vor 23 Zuhörern in der Ansbacher Gartenstadt. „Das Vorgehen Israels wurde von allen Fraktionen im Deutschen Bundestag verurteilt“, erklärte Höger. Das Ziel ihrer Partei sei es nun, darauf hinzuwirken, dass keine deutschen Rüstungsexporte mehr nach Israel zugelassen werden und dass „endlich ein Friedensvertrag“ abgeschlossen werde.

MdB Inge Höger (links) will einen Antrag für ein „Recht auf Nachtruhe“ im Parlament einbringen. Fotos (2): Albright

Zuvor war Höger von einigen Mitgliedern des Linken-Kreisverbands Ansbach/Weißenburg-Gunzenhausen auf einer „Militärhistorischen Stadtführung“ zu den US-Kasernen in Meinhardswinden, Katterbach und zum Urlasgelände geführt worden. Auftakt war ein Gespräch mit dem Präsidenten der Ansbacher Hochschule, Prof. Dr. Gerhard Mammen, auf dem Gelände der ehemaligen Hindenburgkaserne, auf dem nach der „gelungenen Konversion“ die Ansbacher Fachhochschule entstanden war. „Studieren statt exerzieren“ lautete damals das Motto, als auf dem Kasernengelände ein Teil der bayerischen Bildungsinitiative verwirklicht wurde. Mit dem Abzug der US-Armee aus der Innenstadt habe sich für Ansbach „eine Riesenchance für die Stadtentwicklung“ ergeben, erinnerte Mammen.

Am Nachmittag besichtigte Höger in Obereichenbach ein Wiesengrundstück, das für den Bau einer neuen Ortsanbindung im Zuge des geplanten „Urlas-Knotens“ benötigt wird. Etwa die Hälfte des Grundstücks sowie der benachbarte „Markgrafen-Radweg“ würden nach den Plänen des Staatlichen Straßenbauamts für die neue Zufahrt zur Alten Reichsstraße verbaut werden, erläuterte Boris-André Meyer.

Der Grundstückseigner hob hervor, dass er seine jahrelang liebevoll gepflegte Streuobstwiese niemals für dieses „unsinnige Projekt“ verkaufen werde und gegen eine mögliche Enteignung „mit allen legalen Mitteln bis zur letzten Instanz“ kämpfen wolle.

Auf dieser Wiese kam es noch zu einem „Bürgergespräch“ mit Betroffenen der US-Militärpräsenz aus Obereichenbach. Neben der Enteignungsproblematik wurde vor allem über den Hubschrauberlärm geklagt. „Rasenmäher dürfen spätabends nicht mehr eingesetzt werden“, meinte ein Teilnehmer kopfschüttelnd. Bei Verstößen könne jeder Nachbar klagen. Doch Hubschrauberflüge seien nach wie vor bis tief in die Nacht erlaubt. „Und die sind viel lauter.“ Wie zur Bestätigung überflog während des ganzen Bürgergesprächs ein Militärhubschrauber nach dem anderen das Gelände.

Die Bewohner Obereichenbachs seien „frustriert“, weil die Nachtflüge nach deutscher Gesetzgebung völlig legal seien, meinte ein junger Mann. „Da fühlt man sich so hilflos“, bekannte er. Deshalb habe er zusammen mit anderen Unterschriften gegen den Fluglärm gesammelt: Weit über 50 Prozent der wahlberechtigten Bürger am Ort hätten die „Obereichenbacher Erklärung“ unterzeichnet.

Es werde Zeit, dass die deutsche Gesetzgebung bürgerfreundliche Gesetze erlasse und ein „Recht auf Nachtruhe“ ab 22 Uhr ausspreche, betonte Meyer. Inge Höger kündigte einen „Antrag im Parlament“ in dieser Hinsicht an.

Bürgergespräch bei ständigem Hubschrauberlärm auf einer Streuobstwiese, die nach den Plänen für den „Urlasknoten“ und die Obereichenbacher Anbindung teilweise überbaut werden soll.